



Allgemeine Vertragsbedingungen –AVB

Stand April 2009; Anlage zum Architekten- / Ingenieurvertrag

1. Grundlagen des Vertrages

- 1.1. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen – AVB – sind in ihrer jeweiligen Fassung Bestandteil des Vertrages. Soweit im Vertrag durch Individualabrede oder in diesen AVB nichts anderes bestimmt ist, gelten ergänzend die Regelungen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI.
- 1.2. Abweichungen von den Regelungen bedürfen der vorherigen, schriftlichen Zustimmung der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH (BUGA).

2. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 2.1. Für die Erstellung von Zeichnungen auf CAD-Anlagen ist die Layerstruktur vom Auftragnehmer mit der BUGA abzustimmen. Für den Austausch von CAD-Dateien sind branchenübliche Formate (DXF- / DWG-Format) zu verwenden. Die zur Vertragserfüllung angefertigten Zeichnungen sind 4-fach (als schwarz/weiß- oder Farbstrichplot) und zusätzlich auf Datenträger der BUGA zu übergeben. Vorabzugspläne sind ebenfalls 4-fach zu übergeben.
- 2.2. Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen des Auftraggebers begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar, soweit sie beim Auftragnehmer nicht einen wesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursachen.
- 2.3. Die Leistungen müssen dem allgemeinen Stand der Wissenschaft, den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auch im Hinblick auf die Höhe der Folgekosten sowie den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Leistungsanforderungen an den Auftragnehmer werden durch die Fachkunde des Auftraggebers (BUGA) nicht gemindert.
- 2.4. Als Sachwalter des Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.
- 2.5. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen nach den Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers zu erfüllen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat die vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen.

Die Erfüllungshaftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch den Auftraggeber vor Abnahme nicht eingeschränkt.

Der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.
- 2.6. Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei

unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen des Auftraggebers begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar, soweit sie beim Auftragnehmer nicht einen wesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursachen. Nicht vereinbarte Leistungen, die der Auftraggeber zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der Auftragnehmer mit zu übernehmen, es sei denn, sein Büro ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet. Vergütungsanspruch und Vergütungshöhe richten sich nach den Bestimmungen der HOAI

- 2.7. Bei der Bearbeitung der Leistung ist der Auftragnehmer an die vom Auftraggeber genehmigten Unterlagen gebunden. Wird für den Auftragnehmer bei pflichtgemäßer Leistungserbringung erkennbar, dass die genehmigten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat er den Auftraggeber unter Darlegung der aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts unverzüglich schriftlich unterrichten.
- 2.8. Der Auftragnehmer hat die von ihm gefertigten zeichnerischen Unterlagen als „Entwurfsverfasser“ bzw. „Planverfasser“, die übrigen Unterlagen als „Verfasser“ zu unterzeichnen.
- 2.9. Sämtliche Pläne und Leistungsverzeichnisse sind vor ihrer Vervielfältigung dem Auftraggeber zur Erteilung eines Sichtvermerks vorzulegen. Diesen Sichtvermerk wird der Auftraggeber umgehend, spätestens innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang dieser Unterlagen bei ihm erteilen.
- 2.10. Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ist eine weitere Übertragung zulässig.

3. Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- 3.1. Dem Auftragnehmer gegenüber ist nur der Auftraggeber weisungsbefugt.
- 3.2. Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben, und über die mit diesen vereinbarten Termine/Fristen.
- 3.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen unter Bezugnahme auf die im Vertrag vereinbarten Termine so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 3.4. Treten bei der Vertragsabwicklung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten auf, hat der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.



Allgemeine Vertragsbedingungen –AVB

Stand April 2009; Anlage zum Architekten- / Ingenieurvertrag

4. Ausführungsfristen

Für alle Leistungen gelten, soweit nichts anderes geregelt, die Termine und Fristen entsprechend dem jeweiligen Ablauf- und Organisationsplan des Auftraggebers. Weitere oder hiervon abweichende Termine und Fristen werden im Benehmen mit dem Auftragnehmer und innerhalb dieser Termine jeweils schriftlich festgelegt.

5. Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

5.1. Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem Auftraggeber.

5.2. Finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nicht eingehen. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.

5.3. Der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung des Auftraggebers keine Pläne aushändigen und keine Auskünfte erteilen, die sich auf das Vorhaben beziehen. Ziffer 3.3 und die dem Auftragnehmer nach diesem Vertrag verbleibenden Urheberrechte bleiben unberührt.

6. Auskunftspflicht des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

7. Herausgabeanspruch des Auftraggebers

Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung des Vertrages angefertigten Unterlagen - Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen - sind an den Auftraggeber herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Sie dürfen nicht weiterverwendet werden. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf demselben Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

8. Urheberrecht

8.1. Urheberrechtlich geschützte Werke der Baukunst sind solche Unterlagen und Bauwerke, die eine persönliche, geistige Schöpfung des Auftragnehmers darstellen und einen so hohen Grad an individueller ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bau-

schaffens herausragen. Weisen die vom Auftragnehmer gefertigten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen diese Merkmale auf, bestimmen sich die Rechte des Auftraggebers auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke entsprechend der vertraglichen Vereinbarung.

8.2. Gegen fachliche Weisungen des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nicht einwenden, dass die von ihm im Rahmen des Auftrages erstellten Pläne und Unterlagen seinem Urheberrecht unterliegen.

8.3. Liegen die Voraussetzungen von Ziffer 8.1 nicht vor, darf der Auftraggeber die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Der Auftraggeber hat auch in diesem Fall das Recht zur Veröffentlichung.

9. Schweigepflicht

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle Informationen und Daten Stillschweigen zu bewahren, die ihm im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung bekannt werden; diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Ziffer 5.3 Satz 2 gilt entsprechend.

10. Zahlungen

10.1. Auf Anforderung des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt.

10.2. Die Schlusszahlung wird fällig, wenn die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen, der Auftragnehmer sämtliche Leistungen aus diesem Vertrag erfüllt und eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.

10.3. Wird nach Annahme der Schlusszahlung festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Soweit Honorare aufgrund der Kostenfeststellung zu berechnen sind, ist die Abrechnung ferner zu berichtigen, wenn sich infolge der Überprüfung der Abrechnung der Baumaßnahme Änderungen der für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten ergeben. Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. § 195 BGB findet Anwendung.

10.4. Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den zu erstattenden Betrag - ohne Umsatzsteuer - vom Empfang der Zahlung an mit 4 v. H. i. Jahr zu verzinsen, es sei denn, ein anderer Zinssatz wird nachgewiesen. § 197 BGB findet Anwendung.



Allgemeine Vertragsbedingungen –AVB

Stand April 2009; Anlage zum Architekten- / Ingenieurvertrag

11. Kündigung

- 11.1. Die Kündigung richtet sich nach den individuellen Regelungen des Vertrages. Sofern dort eine entsprechende Regelung nicht getroffen wurde, gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- 11.2. Wird aus einem Grund gekündigt, den der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, erhält er für die ihm übertragenen Leistungen die vereinbarte Vergütung unter Abzug der ersparten Aufwendungen. Die ersparten Aufwendungen werden auf 60 v. H. des Honorars für die noch nicht erbrachten Leistungen der Objektüberwachung (Bauüberwachung) sowie der Bauoberleitung und der örtlichen Bauüberwachung festgelegt. Für alle übrigen nicht erbrachten Leistungen werden die ersparten Aufwendungen mit 40 v. H. des Honorars vereinbart. Andere v.H. - Sätze werden bei entsprechendem Nachweis angesetzt.
- 11.3. Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis zum Kündigungszeitpunkt vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten, und die für diese Leistungen nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- 11.4. Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben die Ansprüche der Vertragsparteien aus den Ziffern 4 - 6 unberührt.

12. Haftung und Verjährung

- 12.1. Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 12.2. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber bei Verzug oder bei einem sonstigen schuldhaften Verstoß gegen seine Vertragspflichten die dadurch bedingten Mehrkosten der Baumaßnahme, den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen; für den übrigen Schaden haftet er je nach Schadenseignis bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- 12.3. Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der Auftragnehmer verlangen, an der Schadensbeseitigung beteiligt zu werden, es sei denn, dem Auftraggeber ist dies aus Gründen, die in der Person des Auftragnehmers liegen, nicht zuzumuten.
- 12.4. Die Ansprüche des Auftraggebers aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Erfüllung der letzten nach dem Vertrag zu erbringenden Leistung, spätestens jedoch mit der Übergabe der Freianlage im Sinne des § 3 Nr. 12 HOAI an den Auftraggeber (die nutzende Verwaltung). Für Leistungen, die nach der Übergabe noch zu erbringen sind, beginnt die

Verjährung mit der Erfüllung der letzten Leistung. Für Schadensersatzansprüche wegen positiver Vertragsverletzung gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung.

13. Haftpflichtversicherung

- 13.1. Der Auftragnehmer muss eine Betriebshaftpflichtversicherung nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht
Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- 13.2. Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen
- 13.3. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

14. Arbeitsgemeinschaft

- 14.1. Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied, die Federführung.
Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.
- 14.2. Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- 14.3. Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

15. Vertrag mit im Ausland ansässigem Auftragnehmer

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

16. Schriftform

Der Vertrag regelt abschließend die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Mündliche Abreden haben nur dann Gültigkeit, wenn sie von den Vertragsparteien schriftlich bestätigt sind. Eine Abänderung des Schriftformerfordernisses bedarf ebenfalls der Schriftform.



Allgemeine Vertragsbedingungen –AVB

Stand April 2009; Anlage zum Architekten- / Ingenieurvertrag

17. Salvatorische Klausel

- 17.1. Sollten eine oder mehrere Bestimmungen des Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, oder sollten sich im Vertrag Lücken herausstellen, so berührt das die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht.
- 17.2. Die Vertragsparteien haben sich so zu verhalten, dass der angestrebte Zweck erreicht wird und alles zu unternehmen, was zur unverzüglichen Behebung der Teilnichtigkeit und/oder zur Ausfüllung der Lücken erforderlich ist.
- 17.3. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausfüllung vorhandener oder entstehender Lücken soll eine angemessene, rechtlich zulässige Regelung gelten, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben würden, wenn sie die Teilnichtigkeit oder Lücken bedacht hätten. Die Beteiligten verpflichten sich, in einem solchen Falle eine Regelung zu treffen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung oder der unwirksamen Bestimmungen möglichst nahe kommt.

Stand: April 2009